

Die „Volkswacht“  
erschließt täglich Nachrichten aus  
Genua und ist durch die  
Spezialisten, Herr Dr. K. K.  
durch die Post und  
den Telegraphen zu beziehen.  
Preis vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf.,  
pro 6 Monaten 2 Mk. 50 Pf.,  
jährlich 4 Mk. 50 Pf.  
Postgebühren 1/2 Mk.

# Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkschätzbare Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Telephon  
Nr. 451.

Telephon  
Nr. 451.

Nr. 222.

Donnerstag, den 22. September 1898.

9. Jahrgang.

## Politische Uebersicht.

### Die Arbeiterverhältnisse in Schlesien und Posen nach den Berichten der Gewerbe- und Bergvergräthe.

g) Bergvergräthe Ratibor (Bergvergräthe Triefel).

Zu diesem Revier gehören die nicht im eigentlichen Regierungsbezirk, sondern in den Kreisen Ratibor (Gültzschine, Becken) und Rybnik (besonders Czernowitzer Gegend) liegenden Kohlengruben. Im ganzen Revier arbeiteten etwas über 4000 Leute; Knaben — Herr Triefel nennt sie selbst so — waren 64 darunter, leider mußten sie hier ihre 10 Stunden arbeiten. Ein besonders starkes Stück in der Kinderausbeutung leistete die „Neue Charlottegrube“ (wir konstatieren, daß der Berichterstatter die Sünderin nennt), die am 6. und 9. Dezember Knaben 21 Stunden untereinander beschäftigte! Die Uebergabe der Staatsanwaltschaft übergeben worden. Ob eine genügende Bestrafung erfolgt ist, ist unbekannt; über derartige Dinge berichtet die ober-schlesische Presse nichts. Dieses Stück zeigt, was man sich in den Rybniker und Ratiborer Gegenden noch alles erlaubt; überhaupt gelten die dortigen Verhältnisse für trauriger, als im Industriebezirk. Der Durchschnittslohn eines Knaben beträgt 0,91 Mk. pro Schicht, 9 Pf. pro Stunde! So viel können beinahe die rübenbauenden Agrarier Schlesiens zahlen.

Die Zahl der Arbeiterinnen ist gewachsen, von 184 im Jahre 1896 auf 242 im Jahre 1897; auch bei diesen erreichte sich eine Grube zu einer Ausbeutung von 24 Stunden hintereinander! Staatsanwalt, hilf! Der Durchschnittslohn für Arbeiterinnen betrug 0,85 Mk. pro Schicht, war also nicht viel höher als der Lohn für Landarbeiterinnen, die freilich eine ganz andere Arbeitszeit haben.

Die Geschäfte gingen so gut, daß mit Leichtigkeit 1000 Leute mehr hätten eingestellt werden können, wenn sich genug Dumms gefunden hätten. Massenhaft wanderten die Leute nach Rheinland-Westfalen aus. Nicht nur die Löhne sind im Ratiborer Revier schlecht, auch die Behandlung der Leute durch die Beamten taugt nichts. Hier güden sie den Gutsinspektoren noch immer das Prügeln ab, das diesen als „historisches Recht“ gilt. Zwei Beamte wurden wegen körperlicher Mißhandlung gerichtlich bestraft, die Sache muß also recht schlimm gewesen sein. Auch seine Streiks hatte das Revier; der Streik auf „Leo“ hatte zur Folge, daß 10 bis 11 Prozent der Belegschaft auch nach der Beendigung des Streiks nicht wieder zur Arbeit kamen, sondern abwanderten. Aehnlich ging es nach den Streiks auf „Neben“ und „Erbreich“. Sämtliche Ausstände verliefen gutartig; die Streikenden hatten immer die Sympathie des Publikums, z. B. sogar die der Presse für sich.

Die Zahl der Unfälle war im Ratiborer Revier verhältnismäßig geringer als in den übrigen Revieren, verhältnismäßig hoch war dagegen die Zahl der Todesfälle. Sehr richtig bemerkt Herr Triefel hierzu: „Die Steigerung in der Zahl der tödlichen Unglücksfälle ist auf die vermehrte Thätigkeit durch die lebhafteste Nachfrage nach Steinkohlen zurückzuführen“; freilich fügt er bald hinzu: „doch spielte auch die Unachtsamkeit von Arbeitern und Beamten eine große Rolle.“ Herr Triefel vergißt dabei zu untersuchen, ob nicht die sogenannte „Unachtsamkeit“ auf der beschleunigten Arbeit, auf der Treiberei der Beamten beruht, die die Zeit raubende Unachtsamkeit verbot.

Von der Unachtsamkeit der Unterbeamten führt der Be-

richterstatter einige interessante Beispiele an und benützt diese Gelegenheit man die Vorbildung der Unterbeamten zu besprechen. Wir hören da nicht viel Gutes. Triefel konstatirt, daß von den 92 „bergbehördlich anerkannten“ (!) Beamten des Reviers 66, also über zwei Drittel, ohne jede Bergschulbildung sind! Er betont, daß es unter diesen auch ganz tüchtige Leute giebt, aber: „andererseits giebt es unter den Aufsehern noch Leute, die keinen Hoppfortzettel zu schreiben vermögen und die deutsch geschriebenen Polizeiverordnungen nicht firmgemäß lesen können (!).“ Er hält deshalb mit Recht die Errichtung von Bergvorschulen zur Heranbildung eines geschulteren Unterbeamtenpersonals für erforderlich. Herr Triefel scheint ein recht offener Charaktervoller Mann zu sein; es kommt selten vor, daß ein königlich preussischer Bergvergräthe einen Mißstand so offen aufdeckt. Daß ungebildete Beamte zumeist oft die eingebildeten und rohesten sind, versteht sich von selbst. Wir sind begierig darauf, ob zur Abstellung der hier angegebenen groben Mißstände etwas geschieht.

Eine bisher in Oberschlesien noch nicht beobachtete Krankheit tauchte plötzlich im vorigen Jahre im Ratiborer Revier auf. Die Ankylostomiasis, die Erkrankung am Eingeweidewurm, die unter ungarischen und italienischen Bergarbeitern verbreitet und von diesen nach Deutschland eingeschleppt worden ist. Eine größere Verbreitung dieser nicht ungefährlichen Krankheit wurde verhindert, und für die Zukunft sind gegen die Einschleppung Vorsichtsmaßregeln vorgeschrieben, die von den Unternehmern hoffentlich nicht vergessen werden. Nach diesen Vorsichtsmaßregeln scheint es übrigens „als ob bei Neueinstellungen von Arbeitern die ärztliche Untersuchung noch nicht die Regel bildete!“

Nach der Preistabelle einiger Lebensmittel sind auch im Ratiborer Revier deren Preise gestiegen, allerdings sind auch die Löhne etwas erhöht worden, was freilich zum größten Theil eine Folge der Streiks und der Abwanderung war. Beachtenswert ist, daß die bestbezahlte Arbeiterkategorie, die der Häuer, es in diesem Revier erst auf 735 Mark Jahreslohn gebracht hat! Hier giebt's noch viel, sehr viel zu thun, ehe bessere Zustände Platz greifen werden.

h) Bergvergräthe Myslowitz-Rattowitz.  
(Herrschäftlicher Revierbeamter Bergwerksdirektor Braetsch in Rattowitz.)

Dieses „herrschaftliche“ Revier ist ein lebendiges Zeichen des feudalen Joches, der der ober-schlesischen Bergwerksindustrie noch im Nacken hängt. Dieses Revier ist ein Nährmichnichtan für den Staat in finanzieller und anderer Hinsicht; kein königlicher Revierbeamter hat das Recht, es in amtlicher Eigenschaft zu betreten! Es ist das Revier des Besitzers der „Herrschaft“ Myslowitz-Rattowitz, des Herrn von Tiele-Winkler, der auch Privatregalrecht ausübt, d. h. von den Gruben seines Reviers Regalabgaben einzieht, weil ihm ein Gerichtsurtheil dieses Recht zusprach, ohne unseres Erachtens dazu berechtigt zu sein. Dieses Revier ist das, in dem die Kleophasgrube und das Dorf Rodzin liegen. Jene Grube und dieses Dorf bieten schlagende Beweise für die Zustände dieses Reviers!

Was sagt der „herrschaftliche“ Berichterstatter?  
Die Belegschaft des Reviers betrug rund 9000, darunter waren 822 Arbeiterinnen, verhältnismäßig sehr viele. Sehr groß ist auch die Zahl der Unfälle: 770; nur ein Zufall war es, daß der am 24. August ausgebrochene Streifenbrand auf „Kleophas“ nicht wieder eine Katastrophe herbeiführte, wie der Brand am 3. März 1896. Seltsam klingt der

Satz: „Der Durchschnittslohnverdienst hat eine kleine Erhöhung erfahren, was der auf einigen Werken erfolgten Lohnaufbesserung zuzuschreiben ist“; kürzer würde es lauten: Der Lohn ist gestiegen, weil er erhöht worden ist, viel klüger würden wir aber auch nicht aus ihm. Mehrfach wurde im Revier gestreikt, ohne Erfolg, wie Herr Braetsch berichtet, doch nicht ganz ohne Erfolg, wie wir seiner Zeit von Arbeitern erfahren. Leider ließen sich einige Bergleute durch gewisse an Standalfen interessirte Leute zu Handlungen verleiten, die als Landfriedensbruch gebrandet und bestraft wurden.

Noch seltsamer als der obige klingt folgender Satz: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter war eine durchweg gute zu nennen.“ Widerlegung überflüssig!

Wirksamvoller als das, was Herr Braetsch sagt, ist das, was er nicht sagt. Sein Bericht enthält von der Rodziner Katastrophe kein Wort! (Fortsetzung folgt.)

### Der Erlass des Kultusministers,

wonach Angehörige der socialdemokratischen Partei als Mitglieder von Schuldeputationen oder Schulvorständen die Befähigung nicht erhalten sollen, hat folgenden Wortlaut:

Neuere Vorkommnisse veranlassen mich, die königliche Regierung darauf aufmerksam zu machen, daß Personen, welche der socialdemokratischen Partei angehören oder sich als Anhänger und Förderer derselben betätigen, weder in städtischen Schuldeputationen, noch auch in Schulvorständen als Mitglieder eintreten dürfen. Die Thätigkeit der Schulvorstände sowohl, wie der Schuldeputationen beruht auf einer Uebertragung obrigkeitlicher Befugnisse und erstreckt sich nicht nur auf äußere, sondern auch auf innere Angelegenheiten des Schulwesens. Insbesondere sind den städtischen Schuldeputationen neben der Verwaltung des städtischen Schulwesens wesentliche staatl. Aufsichtsbefugnisse über die Schulen und die Lehrpersonen ihres Bereiches übertragen. Dies hat zur Voraussetzung, daß die eingetragenen Mitglieder der Schuldeputation im Stande und bereit sind, zur Erfüllung der Aufgaben der preussischen Volksschule mitzuwirken. Gemäß ihrer Amtspflichten haben sie daher sorgfältig dafür zu streben und dafür zu sorgen, daß die heranwachsende Jugend nicht nur in den für das bürgerliche Leben nöthigen allgemeinen Kenntnissen und Fertigkeiten unterwiesen, sondern auch zu gottesfürchtigen, sittlichen und vaterlandsliebenden Menschen erzogen werde.

Die socialdemokratische Partei erstreckt ausgesprochenemassen die Befähigung der bestehenden staatl. und gesellschaftlichen Ordnung. Schon daraus ergibt sich folgerichtig, daß ihren Mitgliedern die Wahrnehmung obrigkeitlicher Befugnisse von Staats wegen nicht anvertraut werden kann. Sie steht nach ihren programmatischen Fundierungen in einem grundsätzlichen Gegensatz zu den Aufgaben der preussischen Volksschule. Daraus folgt, daß ihren Angehörigen die zur Mitwirkung bei der Erfüllung dieser Aufgaben erforderlichen Eigenschaften abgehen und daß sie als Mitglieder einer städtischen Schuldeputation oder eines Schulvorstandes nicht zugelassen werden können.

Der königlichen Regierung mache ich daher zur Pflicht, vorkommendenfalls der Wahl derartiger Personen zu Mitgliedern von städtischen Schuldeputationen oder Schulvorständen von Schulaufsicht wegen die Befähigung zu verweigern und die nachgeordneten, zur Mitwirkung bei der Befähigung oder zur selbstständigen Ausübung des Befähigungsrechtes berufenen Behörden und Beamten alsbald mit entsprechender Weisung zu versehen.

Uns läßt die unwahre, herabsetzende Behauptung des Reskripts, die Socialdemokraten seien außer Stande, sittliche, vaterlandsliebende Menschen zu erziehen, ganz kalt. Ohne Zweifel aber ist das Boffische Reskript ein schwerer Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Umso mehr verdient folgende Auslassung des „Vorwärts“ Beachtung:

„Es scheint fast, als ob die Ansicht des Ministers der Auflassung des Magistrats bezüglich der Thätigkeit von Socialdemokraten in der Schuldeputation durchaus entspricht. Sollte wirklich

## Die Fürsten der Börse.

Roman von Wassily Kemirowitsch-Dantschenko.

Übersetzung aus dem Russischen von Dr. H. Karlow und S. Stein (Nachdruck verboten.)

„Warum?“  
„Dort liegen nur Töbte!“  
„Arretiren lassen!“ murrte noch immer der betrunkene Heiligheile. „Sie zerbrechen den Menschen Hände und Füße, und dann sollen wir Schuld sein!“  
„Aber Sie sollten ja doch die Töbten fortschaffen lassen!“  
„Nächstes Piffischschew dem Stationschef zu.“  
„Wo die Hände zu Allem hernehmen? Sie reichen kaum für die Lebendigen aus!“  
„So mietzen Sie noch ein Paar Bauern!“  
„Alle arbeiten auf der Unglücksstätte; dort ist es fürchterlich.“

„Ich muß sofort dorthin! — Wer ist jener Herr dort?“ fragte Piffischschew plötzlich, auf einen jung-a Mann zugehend, der inmitten einer Bauerngruppe an einer Schenke stand.  
„Das ist ein Advokat. Er übernahm es, die Gesuche für die Bauern zu schreiben.“  
„Aber, warum jagen Sie den Menschen nicht fort?“  
„Wie soll ich das anfangen?“  
„Geben Sie ihm kein Quartier und keine Nahrung!“  
„Das hat ich bereits. Er zog aber einfach ins Neben-dorf.“  
„Er wird noch viel Unheil anrichten!“  
„Ich will es einmal selbst mit ihm versuchen! — Guten Tag, junger Mann. Ich bin der Direktor der Bahn, Adalwin Piffischschew!“ stellte sich Piffischschew vor.  
„Ich hörte bereits von Ihrem Hiersein. Sie sind ja bekannt als der Feind der Aktien-Gesellschaften! — Hier habt

Ihr Herren aber einmal schöne Sachen angerichtet! Waren Sie schon an der Unglücksstätte?“

„Nein, ich wollte eben dahin,“ sagte Piffischschew etwas zurückhaltend.  
„Nun, dann beileben Sie sich nur! Wahrlich, ein interessantes Schauspiel, ein zweites Plewona! Man mußte Euch Alle ohne Ausnahme vor Gericht stellen!“  
„Warum so streng? Vielleicht sind wir nicht allein die Schuldigen.“  
„Sind diese hier vielleicht schuldig? Seht dorthin! Dort liegen Duzende von Töbten, vielleicht geht Ihr denen die Schuld? Allerdings, warum fuhren sie auch mit der Bahn? Wären sie hübsch zu Hause geblieben, so wären sie heute noch frisch und gesund!“  
„Sie sollten Ihre Zunge bis zu der Gerichtsverhandlung im Zaume halten, mein lieber!“  
„Ganz richtig! Wie konnte ich auch nur vergessen, daß ich es mit Dichtbütern zu thun habe, bei denen jedes Wort nutzlos verschwendet ist. Nun, also, ich werde mit Euch sprechen, wenn Ihr auf der Anklagebank sitzt, Herr geheimer Rath und Kavaller!“

Während Piffischschew nach dem Stationsgebäude zurück. Die Lokomotive mit einem Wagen wartete schon auf ihn.  
Überall waren die Spuren des Unglücks zu sehen; Blutbesetzte Röcke und Hemden lagen neben den Schienen.  
„Ich habe schon 3000 Rubel vertheilt!“ prahlte Schiwago.  
„Der Staatsanwalt ist sehr zufrieden!“  
„Mit dem Staatsanwalt werden wir schon fertig. — Mich beunruhigt nur dieser sogenannte Advokat. Könnte man nicht Gendarmen auf den Menschen hegen? Der Reel revolirt ja; er reizt das Volk zum Aufruhr!“  
„Das sagte ich auch bereits dem Polizei-Lieutenant.“  
„Nun, und?“

„Ach was! Der spie vor mir aus und ließ mich stehen. Ich versuchte alsdann die Zugführer gegen ihn aufzureizen; sie sollten ihn einfach durchprügeln.“

„Das ist nicht Abel!“  
„Ja, aber der Schurke hatte sich für jeden Fall mit einem Revolver versehen, und Niemand verspürt Lust, sich erschließen zu lassen.“  
„Könnte man sich nicht auf andere Weise mit ihm verständigigen? Er ist doch ein Mensch und will doch auch essen und trinken!“  
„Ich versuchte es auch damit schon“, sagte der Stations-Chef finster; „es ist Alles umsonst! Er hat schon Gesuche in Höhe von 80.000 Rubel geschrieben. Zum Unglück sind auch heute noch Korrespondenzen und Repräsentanten verschiedener Zeitungen angekommen. Was die ihren Blättern mittheilen werden, wird für uns gerade nicht sehr schmeichelhaft sein.“

„Sie hätten ihnen mit Bankheinen einen Wink geben sollen!“  
„Ich versuchte es, doch der eine nannte mich „Schurke“ und der andere sagte, er wolle dies seinen Lesern mittheilen.“  
„Schändlich! Und dabei herrscht in Petersburg selbst auch kein Einverständnis. Wissen Sie, was Wintin that? Er verrieth uns Alle und steht jetzt eingekerkert da.“  
„Wie ist das zu verstehen?“  
„Ganz einfach! Am Tage nach der Katastrophe veröffentlichte er in den Zeitungen einen Brief, worin er erklärte, daß er zu verschiedenen... die Verwaltung darauf aufmerksam gemacht hätte, den Weg ausbessern zu lassen; er habe das Unglück längst vorhergesehen. Nun sind wir die allein Schuldigen, und er steht da, rein wie der Engel des Lichts. Und weiter! — Support über unsere Handlungsweise verpöcht er darauf, ferner Mitglied der Verwaltung zu werden.“

die Mehrheit des freikämpfigen Magistrats Berlin auf diesem Boden sitzen? ...

Die Frankf. Ztg. kommentiert diese Auslassung des „Vorwärts“ wie folgt: „Man muß wirklich im höchsten Grade erlaubt sein darüber, mit welchem stolzen Gleichmuth der Berliner Magistrat die Sache hinstellt.“

Des Weiteren bemerkt das Junker- und Arbeiterblatt: „Zur Ehre der Bürgerschaft glauben wir gern, daß auch ein großer Theil, namentlich der gutsituirten gemäßigt liberalen Kreise die Verfügung des Ministers als nothwendig betrachtet.“

Also die Ehre der Bürgerschaft erfordert, daß sie eine proteste Ungerechtigkeit gut heißt!!! Und es heißt, der Sozialdemokratie „Entgegenkommen“ bereiten, wenn die Stadtverordneten den sozialdemokratischen Vertretern gewähren, werauf sie wahrlich Anspruch haben!

Die Anarchisten-Polizei

Die „Samb. Nachr.“ und andere noch internationaler Anarchistenpolizei schreibenden reaktionären Blätter begeben eine recht plumbe Bemerkung. Sie veröffentlichen den Inhalt, den Fürst Bismarck im Jahre 1889 in der Angelegenheit Wohlgenuth an den deutschen Gesandten in Bern richtete.

Wir haben seit Jahren darunter zu leiden, daß Anarchisten und Verschwörer von der Schweiz aus ihre Unternehmungen gegen den inneren Frieden des Deutschen Reiches angediebt in's Werk setzen können. Die Centralleitung der deutschen Sozialdemokratie hat ihren Sitz in der Schweiz, hält dort ihre Kongresse zur Beratung und Vorbereitung ihrer Angriffe gegen uns, entfaltet von dort ihre Agenden und verbreitet von dort aus die dort gedruckten Propagandakräfte zur Entzündung des Massenbewusstseins und zur Vorbereitung des Aufbruchs in Deutschland.

Die reaktionären Blätter wollen durch Abdruck des Erlasses zeigen, „wie richtig“ Bismarck die Verhältnisse in der Schweiz bemerkt habe. Thatsächlich aber ist der Erlass nichts als eine diplomatische Verlegenheits-Schwundel: denn der Herr Wohlgenuth, der den Erlass dazu gab, war preussischer Polizeibeamter, der sich noch der Schweiz begab, um dort politische Verbrechen anzugehen und wiederholte von der Schweizer Polizei verhaftet und ausgewiesen wurde.

Ehe er vorher hat ein preussische Polizeigebäude in der Schweiz das unternehmen, was Bismarck billigte und wofür er in seiner bekannten Genügsamkeit die Schweizer Regierung

verantwortlich machen wollte. Die diesbezüglichen amtlichen Aktenstücke sind im Jahre 1888 seitens der sozialdemokratischen Fraktion dem Reichstage vorgelegt worden. Sie enthalten insbesondere Mittheilungen über das Treiben der preussischen Polizeischarren Schröder und Haupt in der Schweiz. In einem Schreiben des Polizeikommandos von Zürich wird unseren Genossen Nebel und Singer befohlen, daß Schröder und Haupt mit den Anarchisten in jeder Richtung in Verbindung ständen, Schröder in Versammlungen und Wirthschaften die Arbeiter durch seine Reden erregte und aufbelebte und sie auf den Weg der Gewalt als dem einzigen Rettungsmittel verwiesen und zur Propaganda der That aufgefordert habe. Schröder bezahlte auch nach der Aussage des Buchdruckers den Druck des anarchistischen Blattes „Freiheit“. Es wurden alle Zahlungen an den Drucker für das Blatt durch den preussischen Polizeigenossen Schröder geleistet.

Mit peinlicher Vorsicht ignoriert die reaktionäre Gehpresse diese Thatfachen, wie das System der polizeilichen Anstiftung überhaupt, das Jahre hindurch geübt worden ist, um „Material“ gegen die Sozialdemokratie zu beschaffen.

Militärisches

Zu der Tödtung eines Sergeanten im Markobergelände wird dem „Lokalanz.“ aus Hagenau berichtet: Rittmeister Graf zu Stolberg-Berningerode von der 4. Eskadron des 15. Ulanenregiments habe den Sergeanten Scheinhardt zur Mordthat gestiftet, weil dieser der Mannschaft schlechtes Essen verabreicht habe. Der Sergeant habe erklärt, ihn traffe keine Schuld, Graf Stolberg habe aber später seine Vorwürfe erneuert. Als dann Scheinhardt im widerstandigen Tone widersprach, habe Graf Stolberg dem Sergeanten einen Schlag versetzt, worauf dieser zwei Kameraden zum Fesseln aufrief. Graf Stolberg, der sich in großer Eile entfernte, habe alsdann seinen Säbel gezogen und dem Sergeanten einen Stich in die linke Brustseite versetzt. Scheinhardt sei dann bewußlos zu Boden gefallen und ohne die Bewußtsein wieder erlangt zu haben, Tags darauf gestorben. Scheinhardt war der Sohn eines Landwirths in Thüringen.

Sin Trimenti. Nach einer Versicherung des Pastors Komman sollte Papen bei der Umstürze Polabomats gesehrt haben, in Papen sei ein Mißbrauch des Realitionsrechts bei Streiks nicht vorgekommen. Das bayerische öffentliche, Ethik. Korrespondenz-Büreau“ äußert diese Behauptung für unrichtig.

Die Amtszuschüsse des Polizeisergeanten Hoyer in Saarstedt, der vom Altonaer Landgericht wegen Körperverletzung im Amte zu vier Monaten Gefängnis verurtheilt, aber, wie wir kürzlich berichteten, vom Kaiser auf sein Gehalt dahin begnadigt worden war, daß er eine Geldstrafe von 100 Mark zu zahlen hat, ist durch Verfügung des Regierungspräsidenten aufgehoben worden.

Aufweisungen. In welchem Umfang die Aufweisungen im Staatsregister vorgeschrieben werden, ist aus den Verfügungen der kaiserlichen Polizeiverwaltung zu entnehmen, die in der letzten Nummer des öffentlichen Anzeigers des Regierungskreisamtes die Aufweisung von nicht weniger als 65 Personen, deren der Aufenthalt in Preußen durch Verfügung des Regierungspräsidenten in Düsseldorf verboten worden ist, enthält. Es sind dies russische und galizische Staatsangehörige. Unter den Aufgewiesenen befinden sich 9 Ehepaare, von denen 3 kinderlos sind, während die übrigen bis zu 5 Kindern haben.

Ausland

Gegen die Anarchisten

Die „Republ. Cent.“ aus Rom meldet, ist die angebliche Thatsache der italienischen Regierung, bekanntlich die internationale Bekämpfung des Anarchismus bereits angekündigt. Zwischen den Mächten findet darüber ein stilles Uebereinkommen statt, bei dem man sagt, daß man überall von der Anarchistenfrage eine

haten leg ... nach vom ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

... und ...

...

engeren, gegenseitigen Unterstützung der Staaten als bisher durchgeführt ist. Einige Kabinete haben bei der Entgegennahme des italienischen Vorschlags ihre grundsätzliche Zustimmung kundgegeben. In italienischen Regierungskreisen hofft man zuversichtlich, daß eine allgemeine Einigung in naher Zeit zu Stande kommen wird.

Die Dreyfusangelegenheit

Die Revision des Dreyfusprozesses gilt in Paris jetzt als derart sicher, daß einige größere Blätter schon Beichtstatter nach Cayenne entsandt haben, um ausführlich über die Abholung des Verbannten auf der Teufelsinsel zu berichten.

Die mit der Prüfung der Revisionsgesuche beauftragte Kommission trat gestern Nachmittag im Justizministerium zusammen. Ueber ihre Berathungen ist nichts in Erfahrung zu bringen. Die Prüfung der Dreyfussachen wird voraussichtlich am Montag beendet sein. Das Resultat soll am Dienstag dem Ministerrath vorgelegt werden.

Der Kriegsminister richtete an den General Pellieux die Bitte, seinen Posten als Oberbefehlshaber der Pariser Garnison abzugeben, damit nicht mehr von ihm gesprochen werde. Damit Pellieux nicht glaube, er sei in Ungnade gefallen, wird ihm gestattet, sich einen Posten in der Provinz selbst auszuwählen.

Das Justizpolizeigericht verhandelte gestern gegen den Advokaten Leblois und den Oberst Picquart wegen Veröffentlichung von Geheimnissen, welche die Landesverteidigung betreffen. Zahlreiche französische und ausländische Journalisten hatten sich eingefunden.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr Mittags eröffnet. Picquart wurde von zwei Sicherheitsbeamten vorgeführt, Leblois erschien allein. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragte, den Prozeß zu vertagen, weil auf Antrag des Generalgouverneurs von Paris eine neue Untersuchung gegen Picquart von den Militärbehörden bezüglich des sogenannten petit bleu eingeleitet worden sei. Um die Ueberzeugung von der Loyalität Picquarts bei dem von ihm zum Zwecke der Nachweisung der Unschuld von Dreyfus gethanenen Schritten zu gewinnen, müsse man in der That wissen, ob er der Urheber des petit bleu sei, man müsse also eine Beschlusfassung über das Picquart vorgeworfene Vergehen der Veröffentlichung von Staatsgeheimnissen so lange vertagen, bis man über das petit bleu Aufklärung erhalten habe.

Labori widersetzte sich voller Entzückung der Vertagung und verlangte, man solle Aufklärung vor aller Welt geben. Er wolle nicht, daß Picquart dem bürgerlichen Gerichte entzogen werde, um der Militärgerichtsbarkeit ausgeliefert zu werden. Was das petit bleu anlange, so sei dasselbe echt. — Faure, der Verteidiger Leblois', schloß sich den Ausführungen Laboris an. Ebenfalls erklärte Picquart, er widersetze sich der Vertagung und fügte hinzu, es ist vielleicht heute das letzte Mal, daß ich öffentlich spreche; heute Abend werde ich vielleicht im Cherche Midi (Militärgefängnis) übernachten. Nun wohl wissen Sie, wenn ich dort die Schlinge Lemercier-Picquarts oder das Kasirmesser Henrys finde, so bedeutet das einen Mord; denn ich denke nicht daran, mich selbst umzubringen. Diesen Worten folgte eine lange Bewegung und Ausrufe: „Es lebe Picquart!“ wurden laut. Der Gerichtshof zog sich hierauf zur Berathung zurück.

Nach einer viertelstündigen Berathung giebt der Gerichtshof sein Urtheil dahin ab, die Verhandlung gegen Picquart und Leblois zu vertagen. Bei Verurtheilung des Gerichtsbeschlusses wurde Picquart eine Ovation bereitet. Picquart, der in Begleitung von Agenten der Sicherheitspolizei den Justizpalast verläßt, verzichtet darauf, seine vorläufige Entlassung aus der Untersuchungshaft zu fordern. Ein Gendarmerie-Rittmeister hatte sich Nachmittags nach dem Gefängnis de la Santé begeben, um, falls das Justizpolizeigericht die Freilassung Picquarts anordnete, diesen wieder festzunehmen und nach dem Militärgefängnis Cherche Midi zu bringen.

Esterhazy war, wie die „Daily News“ festgestellt hat, am Montag spät Abends noch in London. Am Sonnabend beantragte er einen Anwalt, einen gerichtlichen Befehl zu erwirken, wodurch der „Observer“ davon abgehalten werden soll, einen eigenhändigen Brief Esterhazys, in dem er die Gründe darlegte, weshalb er Paris verlassen hat, zu veröffentlichen. Dieser Befehl wurde auch erwirkt, wofür der „Observer“ sich damit rächte, daß er am Sonntag den bekannten Artikel brachte. Vor wenigstens drei Journalisten in London hat Esterhazy seine Geschichte kurz erzählt. Er halte aber die Zeit noch nicht für gekommen, um die Thatsachen eingehend zu publizieren. Er wolle warten, bis die französische Kammer im nächsten Monat zusammentritt, um seinen Enthüllungen die äußerste politische Bedeutung zu geben. Esterhazy ist der „Daily News“ zufolge nicht von petunären Motiven beunruhigt; große Summen seien ihm für eine schriftliche Darstellung der Enthüllungen geboten worden, doch ergriffte eine solche zur Zeit noch nicht. Esterhazy sieht öftlich, zarter und abgelebt aus, seine Wangen sind eingefallen, das Kinn ist unkräftig und der Schmutzart fehlt. Seine blauen Augen sind trüb und er ist reizbar. Alles, was er sagt, ist von Gunsten von Dreyfus.

Die südafrikanischen Voerenrepublikellen schließen sich zu Schutz und Trutz immer fester zusammen. Der Präsident des Orange-Freistaates Steijn wurde am Dienstag enthusiastisch auf dem Dabasose in Pretoria empfangen und willkommen geheißen. In seiner Erwiderung auf die an ihn gerichteten Ausfragen sagte der Präsident, er hoffe, sein Besuch werde die Bande der Einigkeit zwischen den beiden Republikellen fester knüpfen. Präsident Steijn schloß, die beiden Republikellen hätten niemals etwas unternommen, das im Widerstreit gewesen sei gegen die Wohlthat der anderen Staaten Südafrikas. Steijn verhandelte am Mittwoch mit dem ausstehenden Rath von Transvaal.

und spendet außerdem 10.000 Rubel für die Verunglückten.

— Auf diese Weise ist Joseph unter die Helden gegangen!

— Herold von Jahres ranah in seiner Zeitung: „Es ist

wichtigsten ein Glück, daß unter den Jahren Amerikaner sich

nach Ehrenämter begeben, wie es J. S. W. in ist!“

„Hoh Ist geföhrt? Ja, ein Epa man, und wir sind Edmuka,

gemein Edurten!“

— Ich gehe zu, daß wir Edurten

hab, ohne Zweifel, denn wir kranke und alle herlich wörig

zu den Weg nach dem Himmel, — aber wo die Ehrenspä-

heit Würden plötzlich brichmt, das verheiß ich nicht!“

— „Sie sind ein Spieler!“

— „Das ist mir un. — Entsch Sie eine noch nach

denn Kranken im Kampfe?“

— „Das nicht, aber ich habe mich für einen solchen

Reisler!“

— „Es ist befehl, weil Sie sich nicht im Gefängnis befin-

den? Sprech! Sie, Sie und ich durch diese Begrü-

gung nicht bei Seite lassen! Wer hat es verheißt, von der

Reisler zu den Seiten der Erde abgehoben?“

— „Was, hat es doch aber ein Fandhagel?“

— „Kann er es denn nicht Namen, eine Genzspä-

! — „Hoh vertheilt für uns, aber gewir! — Das

Wohet als allrdings Nicht; wir wollen Geld verdienen,

woh werden, — mögen die Kinder's mit ihrer jagenden

Die preussischen Landtagswahlen.

Der nationalliberale Wahlauftritt

Ist nunmehr veröffentlicht worden. Derselbe wendet sich zunächst gegen extreme agrarische Forderungen, erkennt aber an, daß der bedrängten Landwirtschaft geholfen werden soll.

Der Auftruf schließt ferner die Wirksamkeit der Partei im letzten Landtag, stellt die Forderung einer Wahlrechtsreform auf, ohne auch nur anzudeuten, welcher Art dieselbe sein soll.

So möge unsere Arbeit dahin gerichtet sein, die Kräfte des Volkes zu sammeln, das Erreichte auszubauen und die sozialen und wirtschaftlichen Forderungen der Gegenwart zu erfassen und ihrer Lösung entgegenzuführen.

Um dieser Gefährdung einer ruhigen inneren Entwicklung vorzubeugen, fordern wir unsere Freunde im Lande auf, entschlossenen Sinnes und voll Zuredetung in den Wahlkampf einzutreten.

Man sieht, irgend etwas Unmögliches ist in dem Auftruf nicht enthalten, er ist ganz nationalliberal.

Die Antisemiten

wollen sich auch an den preussischen Landtagswahlen beteiligen und wiegen sich sogar in der Hoffnung, Mandate erringen zu können. Aber das nötige Geld fehlt ihnen, weshalb der Vorstand der deutsch-sozialen Reformpartei einen Aufruf zur Geldsammlung erläßt.

Bericht des Partei-Vorstandes

Parteilang der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1898 zu Stuttgart.

(Fortsetzung.)

Die erste offizielle Kundgebung unserer Partei zu den bevorstehenden Wahlen war ein Aufruf der früheren Reichstagsfraction an die Parteigenossen und Wähler! In dem Aufrufe, der die Unterschriften sämtlicher 43 Abgeordneten trug, heißt es, daß bei der diesmaligen Reichstagswahl mehr auf dem Spiele stehe, als bei irgend einer früheren Wahl!

Schärfster Kampf wird angekündigt gegen die Gegner einer solchen Handels- und Zollpolitik, gegen die Agrarier und die mit denselben Hand gehende schugzöllnerische Großindustrie. „Unser Kampf“ — so schließt der Aufruf — richtet sich gegen Rechtlosigkeit, Ungerechtigkeit, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt.

Es folgt ein Appell an die deutschen Frauen, die als Wählerinnen noch nicht mitkämpfen, aber agitatorisch wirksam sein können: „Auch über das Recht der Frau zur Theilnahme am öffentlichen Leben, das die Socialdemokratie allein von allen Parteien fordert, wird in diesem Kampfe mit entschieden . . . Parteigenossen! Wähler! Thut Euer Pflicht gegen Euch selbst, gegen das Vaterland, gegen die Menschheit! Der Wahlkampf beginnt! Drauf und dran! Vorwärts! Schwärmt zu Kampf und Sieg! Nieder mit den Feinden des arbeitenden Volkes! Nieder mit der Reaction! Hoch die Socialdemokratie!“

Dieser Aufruf, mit dem der taktische und principielle Aufmarsch der socialdemokratischen Partei zum Abschluß gebracht war, erschien in unserem Centralorgan am 10. April, knapp vier Wochen später hielt der Reichstag seine letzte Sitzung und erfolgte sein Schluß am 6. Mai.

War die Wahlbewegung vorher schon in vollem Gange, so steigerte sich dieselbe jetzt mit jedem Tage mehr. Unsere Presse führte den Vorkampf mit Geschick und Umsicht an unsere Redner wurden, trotzdem von Seiten der Behörden und der gegnerischen Parteien die unglaublichsten Anstrengungen gemacht wurden, uns die Versammlungsorte abzutreiben, Anforderungen gestellt, die schon aus rein physischen Gründen nicht immer zu erfüllen waren.

„Comittees“ im vollen Umfange acceptirt worden. Alle gemachten Anforderungen zu erfüllen war freilich nicht möglich, wobei besonders bemerkt sein mag, daß theilweise aus Kreisen sehr hoch gespannte Anforderungen gestellt worden sind, von denen im Laufe der Jahre gar keine oder doch nur sehr minimale Beiträge an die Centralkasse geleistet worden sind.

Der Wahltag brachte nur für ungefähr die Hälfte der Wahlkreise die entgeltliche Entscheidung, für die andere Hälfte waren Stichwahlen nötig. Unsere Partei hatte im ersten Wahlgang 32 Wahlkreise erobert, darunter 29, welche bereits in der vorigen Legislaturperiode von Socialdemokraten vertreten waren, während Hanau, Aßel und Stuttgart neu gewonnen wurden.

Die erste offizielle Kundgebung unserer Partei zu den bevorstehenden Wahlen war ein Aufruf der früheren Reichstagsfraction an die Parteigenossen und Wähler! In dem Aufrufe, der die Unterschriften sämtlicher 43 Abgeordneten trug, heißt es, daß bei der diesmaligen Reichstagswahl mehr auf dem Spiele stehe, als bei irgend einer früheren Wahl!

Die Mehrzahl der Stichwahlen fanden am 24. Juni statt, nur in Bayern, Weimar und Mecklenburg waren sie auf ein paar Tage später angesetzt. Wie bei allen früheren allgemeinen Wahlen so brachten auch dieses Mal die Stichwahlen, im Durchschnitt zur großen Zahl von Kreisen, an denen wir theilhaftig waren, nur wenige Siege.

Der Fortschritt, den unsere Partei auch bei diesen Wahlen wieder erzielt hat, drückt sich aber nicht bloß in der Zahl der neu eroberten Mandate, sondern noch mehr in dem Zuwachs von Stimmen aus, die auf unsere Kandidaten gefallen sind.

War die Wahlbewegung vorher schon in vollem Gange, so steigerte sich dieselbe jetzt mit jedem Tage mehr. Unsere Presse führte den Vorkampf mit Geschick und Umsicht an unsere Redner wurden, trotzdem von Seiten der Behörden und der gegnerischen Parteien die unglaublichsten Anstrengungen gemacht wurden, uns die Versammlungsorte abzutreiben, Anforderungen gestellt, die schon aus rein physischen Gründen nicht immer zu erfüllen waren.

Nichtstimmung über den Wahlausfall kommen sollte, darf an dieser Stelle auf die bezüglichen Verhandlungen auf dem Hamburger Parteitag verwiesen werden, wo der Referent über den Punkt „Reichstagswahlen“ dem Vorfall gegenüber, etwas zu optimistisch zu sehen, ausführte:

„Den Optimismus, daß wir bei den kommenden Wahlen 80 Mandate gewinnen werden, theile ich so wenig wie mein Vorgesetzter. Ich habe einfach erklärt, daß, wie immer der Ausfall der nächsten Wahlen sein könnte, eine wesentliche Verschiebung der Parteiverhältnisse nicht eintreten dürfte, selbst auch dann nicht, wenn wir 15 oder 20, ja selbst wenn wir 30 Mandate erobern würden.“

In unseren Reihen haben also die hochgespannten Erwartungen, die uns von gesnerischer Seite aus sehr durchsichtigen taktischen Gründen unterstellt werden, nicht bestanden. Die socialdemokratische Partei hat alle Ursache, mit den Fortschritten, die die Wahlen vom 16. Juni für sie gebracht haben, zufrieden zu sein.

Partei-Angelegenheiten.

Für die Reichstags- und Landtagswahl am 7. November werden die Kreis- und Stützstellen auf dem Parteitag in Hamburg zu Neuburg a. S. folgen und wurde auf der Parteilandskonferenz zu Neuburg der Vorsitzende des Centralverbandes der Brauer, Carl Biele in Hannover, einstimmig wieder als Kandidat der Socialdemokratie aufgestellt.

Bei der Wahl zur 2. Abtheilung des Gemeinderaths von Hermsdorf in Sachsen-Altenburg regten alle drei Kandidaten der Socialdemokratie.

An den Landtagswahlen in Neuh Altere Vinte werden sich unsere dortigen Genossen beteiligen. Der Landtag besteht aus 12 Abgeordneten; drei ernannt der Fürst, zwei werden von den landtagsfähigen Rittergutsbesitzern und den Besitzern gebundener Güter mit einem Kreis von mindestens 150 Morgen aus ihrer Mitte gewählt, und sieben Abgeordnete gehen aus allgemeinen Wahlen hervor.

Verurteilung. Redacteur Eichhorn von der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden wurde wegen Beleidigung des Gemeinderathsvorstandes Großmann in Plauen zu 1000 M. Geldstrafe verurtheilt. Die Beleidigung wurde in einem Zeitungsausschnitt gefunden, der sich mit der Internirung eines Arbeiters in einem Irrenhause beschäftigte.

(Ende der Rubrik Volkswacht Uebersicht.)

Arbeiterbewegung.

Ein Feilenhauerstreik ist in der Feilenhauer- und Dampf-Schleiferei der Frau J. Andersson Wm. in Väbedal ausgebrochen. Centralstelle für die deutsche Gewerkschafts-Presse. In Gotha hat Mitte August, wie das „Correspondenzblatt“ mittheilt, eine von 23 Delegirten für Gewerkschaftsblätter besuchte Konferenz stattgefunden, die den Beschluß gefaßt hat, auf dem nächsten Gewerkschaftscongreß zu beantragen, man möge die Generalcommission beauftragen, ihr Thätigkeitsgebiet auch auf die locale Arbeiterbewegung und den gegenseitigen Arbeiterhülfe auszuweiten und insbesondere durch publizistische und andere geeignete Thätigkeit dahin zu wirken, daß nicht nur der den Arbeitern nachtheiligen Handhabung der Arbeiterverfälschung- und Arbeitsschutz-Einhalt geboten, sondern auch den Versuchern, eine Verschlechterung dieser Gesetze herbeizuführen, energisch entgegenzutreten und darin gewirkt wird, daß diese Gesetze für die Arbeiter nutzbringender gestaltet werden, als sie es bisher sind.

Der Hamburger Bäckerstreik ist von den organisirten Bäckergehilfen am 20. September durch Annahme einer Resolution für beendet erklärt worden. Wie in der Versammlung betont wurde, ist der Sieg der Arbeiterklasse als ein vollständiger zu bezeichnen. Gegenwärtig befinden sich noch 92 Gefellen im Ausstand, es waren aber vor dem Streik 180 Arbeitslose am Ort.

Ein außerordentlicher belgischer Bergarbeitercongreß soll am 2. October zusammentreten. Es handelt sich um die von den Grubenherren abgelehnten Lohnerhöhungen.

Der Streik der Pariser Erdarbeiter treten immer noch neue Massen zu. Die Pariser Stadtverwaltung hat bisher keine Schritte zur Beilegung des Streiks geihan.

Aus aller Welt.

Eine falschmünznerwerkstatt ist von der Kriminalpolizei in der Dorfstraße zu Berlin ausgehoben worden. Ein fliegender Diebstahl der Terraco, aus Berlin gebürtig, hatte versucht, in Ost- und Grünfambanlungen des Nordens falsche Markstücke unterzubringen. Die Polizei fand in seiner Wohnung eine Falschmünznerwerkstätte und verhaftete 2, sowie dessen Frau.

Zu dem furchtbaren Unglück auf See, welchem in der Nähe von Nemet 29 Menschenleben zum Opfer fielen, werden dem „Berl. Anz.“ noch folgende Einzelheiten mitgetheilt: Montag Nachmittag waren zahlreiche Fischerboote aus dem Ortort Bommelsvitte und den benachbarten Fischerdörfern zum Strömungsang ausgegangen. Nachts 2 Uhr kam plötzlich ein heftiger Sturm auf. Die Fischer verjagten, eiligt den Hafen zu erreichen. Acht Boote gelang dies, drei gingen unter, dabei ertranken acht Fischer und eine Frau. Es hinterließen 7 Wittwen und 15 unermögnete Waisen. Noch schlimmer wurde der benachbarte russische Badeort Polangen betroffen. Von dort gingen in der furchtbaren Brandung sieben Boote mit 20 Mann unter, nur ein Mann konnte nach zweistündigem Kampf mit den Wellen gerettet werden. Ein russisches Boot wurde durch einen Remder Loosendampfer gerettet. Die Gesamtzahl der Opfer beträgt bis jetzt 29, es werden indessen noch zehn russische Fischer vermißt. — Vier Fischer ertranken am Dienstag in der Nähe von Ribi in Mecklenburg beim Rettern zweier Fischerboote. Die übrigen drei Insassen der Boote konnten sich durch Schwimmen retten.

Vom gelben Fieber sind nach Mittheilung des Gesundheitsamts von Louisiana bis jetzt in New-Orleans selbst vier Fälle Fieber und fünf Fälle auf der gegenüberliegenden Seite des Flusses vorgekommen. Oberhalb New-Orleans sind 109 Fälle im Staate Mississippi vorgekommen, von denen 7 tödtlich verliefen. Die Sterblichkeitsziffer sei um 12 vom Hundert bedeutender als im Jahre 1897. Alabama hält strikte Quarantäne gegen New-Orleans und die übrigen infizirten Orte.

Sociale Uebersicht.

Ueber die Bewegung der Bevölkerung Preussens im Jahre 1897 macht das Statistische Bureau mancher abschließende Mittheilungen. Es wurden 1897 gegenüber 1896 geboren 1,254,177 (1,226,223) Kinder, es starben 692,868 (666,748) Personen und Eheschließungen fanden statt insgesamt 274,693 (264,822). Im Jahre 1897 haben somit gegen 1896 die Geburten um rund 8000, die Eheschließungen um 10,000 und die Sterbefälle um 18,000 zugenommen. Die unehelichen Geburten sind von 97,325 auf 96,849 zurückgegangen. Procentual ist im Jahre 1897 die Heiraths- und die Sterbeziffer gegen das Vorjahr gestiegen, die Geburtsziffer hingegen etwas gesunken, nachdem diese seit dem Jahre 1894 beständig gestiegen war. Die Sterbeziffer ist, trotzdem sie gegen 1896 zugenommen, niedriger geblieben als in allen früheren Jahren. Die Heiraths- und die Sterbeziffer sind in allen Jahren bis 1877 zurück. Die natürliche Bevölkerungszunehmung, d. h. der Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle, hat im Jahre 1897 510,000, 1896 518,650, 1895 478,358 und 1894 453,328 Köpfe betragen.

